A1neu2 Satzungsänderungsantrag zu § 7 der Satzung der Grünen Jugend Saar

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 6. Satzungsänderungsanträge

§ 7 DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN (AGS)

- 1. Arbeitsgemeinschaften sind landesweite themenorientierte Gruppierungen. In den AGs können sich Mitglieder und Nichtmitglieder zusammenfinden, um einzelne Themengebiete zu erarbeiten.

- 2. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaften ist frei. Über Annahme oder Ausschluss einer Arbeitsgemeinschaft entscheidet die Landesmitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

- 3. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaften sind nicht bindend. Arbeitsgemeinschaften haben einen Anspruch auf Förderung ihrer Arbeit durch finanzielle Bezuschussung durch den Landesverband.

- 4. Als Verbindungspersonen zum Vorstand wählt jede Arbeitsgemeinschaft für die Dauer von einem Jahr mindestens zwei Sprecher*innen. Wiederwahl ist möglich. Das Ergebnis der Wahl ist dem Vorstand unverzüglich mitzuteilen. Die Sprecher*innen müssen Mitglieder des Landesverbandes sein.

- 5. Im Sinne der kooperativen Zusammenarbeit sind die AGs der Grünen Jugend Saar dazu ermutigt, den gegenseitigen Austausch mit den LAGs von Bündnis 90/Die Grünen Saar zu suchen und zu fördern. Dies gilt insbesondere im Falle der Koexistenz themengleicher oder themenüberschneidender GJ AGs und LAGs im Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen.

- 6. Innerhalb einer oder mehrerer Arbeitsgemeinschaften können von diesen spezialisiertere Facharbeitsgruppen frei eingerichtet werden. Diese Facharbeitsgruppen sind dem Vorstand unverzüglich anzuzeigen.

Begründung

1. Hinweis: Der Änderungsantrag orientiert sich in Teilen auch an dem Status Landesarbeitsgemeinschaften von Bündnis 90/Die Grünen Saar - beschlossen am 02.02.2014 von Landesparteirat in Dillingen. Dazu: http://gruene-saar.de/wp-content/uploads/2014/12/LAG-Statut-Grüne-Saar.pdf

   Zum Vergleich die derzeitige Fassung des § 7 der Satzung: § 7 DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN (AGS)

   - 1. Arbeitsgemeinschaften sind landesweite themenorientierte Gruppierungen. In den AGs können sich Mitglieder und Nichtmitglieder zusammenfinden, um einzelne Themengebiete zu erarbeiten.
   - 2. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaften ist frei. Es sollte mindestens ein Sprecher bestimmt werden. Über Annahme oder Ausschluss einer Arbeitsgemeinschaft entscheidet die Landesmitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
   - 3. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaften sind nicht bindend. Arbeitsgemeinschaften haben einen Anspruch auf Förderung ihrer Arbeit durch finanzielle Bezuschussung durch den Landesverband.

A2neu2 Satzungsänderungsantrag zur Satzung der Grünen Jugend Saar: Einführung eines neuen § 12 Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen

Antragsteller*in:	Philip Oppenländer
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

Vorgeschlagen wird die Einführung eines § 12 Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen, die Annahme des Antrags zur Satzungsänderung hätte zur Folge, dass die derzeitigen Paragraphen 12 – 14 in ihrer Ordnungszahl jeweils um eins erhöht werden müssten, sodass aus § 12 a.F. § 13 n.F. wird, aus § 13 a.F. wird § 14 n.F. und so weiter.

§ 12 Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen

(1) [1] Die Grüne Jugend Saar versteht sich als weltoffene und tolerante politische Gruppierung. [2] Dies bedeutet für den Landesverband eine übergreifende Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden der Grünen Jugend, sowie auch anderen Mitglieder von FYEG.

(2) [1] Eine Zusammenarbeit findet insbesondere innerhalb der Großregion (Rheinland-Pfalz, Saarland, Luxembourg, Wallonie, Lorraine) mit den dortigen ökologischen, sozialen, linksliberalen Jugendverbänden statt. [2] Dies kann unter anderem Einladungen auf Treffen, Versammlungen oder zu Aktionen, wie auch die Planung gemeinsamer Aktivitäten zum Beispiel Sommercamps, Protestaktionen, Wahlkampfaktionen bedeuten.

Begründung

Das Saarland ist Teil der Großregion, dem sollte auch die Grüne Jugend Saar Rechnung tragen. Eine Aufnahme der Zusammenarbeitsabsichten mit den andernen Grünen Jugenden (insbesondere déi jonk gréng und Grüne Jugend Trier), aber auch die Vernetzung mit den anderen politischen Jugendorganisationen der demokratischen Parteien (Jusos, solid, Julis, JU, SchülerUnion…) sollte nicht ausbleiben.

Es stellt nicht zuletzt ein schönes Zeichen dar, sich solche Vorschriften in seine Satzung zu schreiben.

A3 Frauenstatut im §5

Antragsteller*in:	Klara Sendelbach
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

Hiermit beantrage ich, in Paragraph 6 Absatz 5 zu ersetzen durch “Die Wahlen finden gemäß des Frauenstatuts statt.“

Außerdem muss in Paragraph 6 Absatz 3 erster Unterpunkt folgendes getrichen werden, da es dem Frauenstatut widerspricht: "(...), die nach Möglichkeit gleichgeschlechtlich sein sollten."

Begründung

Das Frauenstatut ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung und Mitbestimmung von FIT*Personen. Deswegen sollte es im Paragraphen, den es am meisten betrifft, auch Erwähnung finden.

A4 Sprachliche Änderungen

Antragsteller*in:	Matthieu Dillschneider, Klara Sendelbach
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

In §5.5 "Wahlhelfer*innen" statt "Wahlhelfer"

in §5.8 "den*die Schriftführer*in" statt "den Schriftführer"

in §6.3 "Sprecher*innen" statt "Sprecher"

in §6.3 "Beisitzer*innen" statt "Beisitzer"

Begründung

Wir haben zur Zeit eine Satzung, in der teilweise Frauen, Inter und Transpersonen immer noch nur "mitgemeint" sind, teilweise aber auch schon explizit erwähnt. Wir wollen nicht, dass Menschen, die keine Cis-Männer sind, sprachlich unsichtbar gemacht werden. Deswegen wollen wir an Stellen, an denen bisher nur die männliche Form stand, die weibliche mit Sternchen anhängen. Uns ist bewusst, dass diese Schreibweise weder von heute auf morgen das Patriarchat zerstört noch strukturell für eine völlige Gleichberechtigung sorgt. Trotzdem sehen wir es als einen wichtigen Schritt an, um klarzumachen, dass wir uns explizit für die aufgezählten Ämter auch FIT*Personen als Bewerber*innen wünschen.

A5 Genderpolitische*r Sprecher*in in den LaVo

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

Hiermit beantragen wir, dass die Rolle des*der genderpolitischen Sprecher*in ein Amt innerhalb des Landesvorstandes wird. Dazu schlagen wir folgende Formulierung vor:

Aus §4.2 "Genderbeauftragte" streichen

In §6.3 "bis zu 3 Beisitzer*innen" anstatt wie bisher 4

In §6.3 anfügen: "den*die Genderpolitische Sprecher*in"

§ 8.4 streichen.

Begründung

Das Amt des*der genderpolitischen Sprecher*in (im folgenden GPS genannt) wird dadurch aufgewertet, dass es ein Amt innerhalb des LaVos ist. Außerdem ist die Arbeit des*der GPS eng mit der des LaVos verknüpft, Absprachen können so schneller erfolgen, die Arbeit des*der GPS wird dadurch erheblich erleichtert. Außerdem kann so die*der GPS auch innerhalb des LaVos eingreifen, sollte es zu Ungleichbehandlungen von FIT*Personen kommen. Als Ansprechperson für Mitglieder kann er dessen Anliegen schnell an den LaVo weitergeben und so innerhalb und außerhalb des LaVos sich für mehr Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung vonFIT*Personen einsetzen. Zu guter Letzt ist es im Bundesverband und in anderen Landesverbänden lange bewährt, die*den GPS im LaVo zu haben. Ein Beisitzer*innenposten wird dafür gestrichen, so dass die Anzahl der LaVo-Mitglieder unverändert bleibt.

A6neu3 Frauenstatut

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	10.10.2017
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

Wir beantragen hiermit, der Satzung der GRÜNEN JUGEND SAAR folgendes hinzuzufügen:

Frauenstatut der GRÜNEN JUGEND SAAR:

Präambel:

Die GRÜNE JUGEND SAAR versteht sich als feministischer Jugendverband, der sich gezielt für die Förderung von Frauen, Inter- und Trans-Personen (im Folgenden FIT-Personen genannt) einsetzt. Deswegen wollen wir auch innerhalb der GRÜNEN JUGEND SAAR FIT-Personen fördern. Mit diesem Frauenstatut werden Gleichberechtigung und Mitspracherecht auf formeller und organisatorischer Ebene gewährleistet.

§ 1 Mindestquotierung

Alle gewählten Gremien, gleichberechtigte Ämter und Delegiertenplätze der GRÜNEN JUGEND Saar sind mindestens zur Hälfte mit FIT-Personen zu besetzen.
Der geschäftsführende Landesvorstand ist in sich quotiert zu wählen. Es ist mindestens eine FIT-Person in das Sprecher*innenteam zu wählen. Das Amt der Schatzmeister*in ist grundsätzlich offen. Die politische Geschäftsführung ist einer Frau, Inter oder Trans Person vorbehalten, wenn der geschäftsführende Vorstand ansonsten nicht zur Häfte mit Frauen, Inter oder Trans Personen besetzt wäre. Der gesamte Landesvorstand ist ebenfalls quotiert.
Auf den ersten Platz sowie auf alle ungeraden Plätze dürfen nur FIT-Person kandidieren. Wenn keine FIT-Personen kandidieren oder gewählt werden, entscheidet das FIT-Forum.
Parität beschränkt sich nicht auf die numerische Repräsentanz von FIT-Personen in den Gremien. Parität heißt vielmehr, dass eine Gleichverteilung sämtlicher Verantwortung innerhalb dieser Gremien vorgenommen werden muss.

§ 2 Frauen, Inter und Trans-Forum (FIT-Forum)

Ein FIT-Forum kann zu einem bestimmten Grund auf Antrag von einer FIT-Person einberufen werden. Das FIT-Forum hat maximal eine Stunde Zeit das Thema zu diskutieren und einen Beschluss dazu zu fassen. Das FIT-Forum findet unter Ausschluss der Menschen anderer Geschlechtsidentität statt.
Das FIT-Forum kann mit einer absoluten Mehrheit beschließen, dass ein FIT-Personen zustehender Platz geöffnet werden soll. Wird die Öffnung des Platzes abgelehnt, bleibt der Platz unbesetzt.
Sind keine stimmberechtigten FIT-Personen anwesend, können FIT-Personen zustehende Plätze nicht geöffnet werden. Diese Plätze bleiben unbesetzt. Die Wahl dieser Plätze wird auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben, zu der ausdrücklich mit dem Hinweis auf die anstehenden Wahlen eingeladen wird.

§ 3 Frauen, Inter und Trans-Veto

Bei Anträgen, die formal oder inhaltlich das Selbstbestimmungsrecht von FIT-Personen berühren oder von denen FIT-Personen besonders betroffen sind, haben FIT-Personen die Möglichkeit vor der Abstimmung ein FIT-Forum einzuberufen und dort eine gesonderte Diskussion und Abstimmung nur unter FIT-Personen durchzuführen. Dieses Forum hat maximal eine Stunde Zeit das Thema zu diskutieren. Sollte das FIT-Forum mit absoluter Mehrheit anders abstimmen, haben die FIT-Personen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Der Antrag kann erst bei der nächsten Versammlung wieder eingebracht werden. Ein erneutes Veto in der gleichen Sache ist nicht möglich.

Dieses Frauenstatut ersetzt den bisherigen § 11.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A8 Satzungsänderungsantrag: Verfügungsberechtigung Landeschatzmeister*in

Antragsteller*in:	Jeanne Dillschneider, Philip Oppenländer
Tagesordnungspunkt:	6. Satzungsänderungsanträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, folgenden Absatz unter § 10 Abs. 6 in die Satzung der Grünen Jugend Saaraufzunehmen:

6. Zeichnungsberechtigt für die Finanzangelegenheiten sind die Sprecher*innen, die/der Landesschatzmeister*in und die/der Politische Geschäftsführer*in im Auftrag des Landesvorstandes. Die/Der Landesschatzmeister*in ist einzelverfügungsberechtigt, alle anderen übrigen genannten Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes sind gemeinschaftlich verfügungsberechtigt.

Begründung

Damit ist gewährleistet, dass der/die Landeschatzmeister*in über das Konto einzeln verfügen kann, ohne die Unterschrift aller Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes einzuholen. Dies ist für die Ausführung des Amtes unerlässlich.

A9 Stopp dem Insekten- und Bienensterben!

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider, Fabian Müller, Klara Sendelbach
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Das Insekten- und insbesondere das Bienensterben nimmt katastrophale Ausmaße an. 27 Jahre lang wurden im Zuge einer Langzeitstudie in 63 Naturschutzgebieten fliegende Insekten gefangen und gewogen. Das Ergebnis der Studie ist, dass seit 1989 70 - 80% der Insektenmasse gestorben ist.

Durch die gleiche Studie wurde bekannt, dass wir in Deutschland 33 % weniger Artenvielfalt haben als noch vor knapp 30 Jahren.

Ob Bienen, Heuschrecken oder Schmetterlinge – der Rückgang der Insektenarten ist alarmierend. Bereits 41 Prozent der Schmetterlingsarten sind ausgestorben oder gefährdet. Bei Wildbienen ist sogar die Hälfte der Arten vom Aussterben bedroht.

Die Ursachen dieser ökologischen Katastrophe sind vielfältig. Besonders der Einsatz von hochwirksamen Insektiziden wie Neonicotinioden sorgt für den Insektenrückgang.

Laut einer Studie des französischen Agrar-Instituts INRA finden 50 % der Bienen die mit Neonicotinioden in Berührung gekommen sind, nicht mehr den Weg zurück zu ihrem Stock. Auch Herbizide wie Glyphosat wirken sich auf alle Lebensräume aus und haben oft langfristig den Tod der Tiere zu folge.

Neben Insektiziden ist die Veränderung der natürlichen Lebensräume für Insekten für das Insektensterben verantwortlich. Durch die Bewirtschaftung immer größerer Flächen gehen Nistmöglichkeiten und Nahrungsquellen verloren. Lebensräume wie nährstoffreiche Wiesen verändern sich durch Düngung in der Landwirtschaft und giftiger Abgase im Straßenverkehr. Nicht ausreichend geklärt ist, ob die Veränderungen des Klimas für das Insektensterben mitverantwortlich sind.

Insekten bilden die Nahrungsgrundlage für andere Arten, zählen zu den wichtigsten Pflanzenbestäubern und sorgen somit für den Fortbestand der Pflanzenwelt.

Sie sichern die Erträge unserer Landwirtschaft und somit unsere Nahrungsgrundlage. Als wichtigste Nützlinge in der Forst- und Waldwirtschaft sind Insekten unerlässlich.

Das bekannt gewordene Insektensterben hat also langfristig verheerende Auswirkungen auf unser Ökosystem. Doch dieses Problem wird in der Öffentlichkeit nicht als Krise wahrgenommen.

Angesichts dieses Zustandes fordern wir konkrete Handlungspläne zur Bekämpfung des Insektensterbens. Dafür muss ein flächendeckendes Monitoring aufgebaut werden, um in Zukunft die Ursachen besser erforschen zu können.

Auch müssen Pestizide verbindlich reduziert werden. Die negativen Wirkungen der Pestizide auf unsere Insekten und Vögel müssen intensiver geklärt werden. Unsere Agrarpolitik muss den Fokus auf den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft legen und den Einsatz von Pestiziden in Schutzgebieten untersagen. Wichtig ist auch

die Förderung von Blühflächen und von ökologisch wertvollem Lebensraum für Insekten.

Außerdem muss ein Problembewusstsein in der Politik, Bevölkerung und Landwirtschaft geschaffen werden. Wir fordern, dass der Erhalt der Artenvielfalt auch eine Priorität der Umweltpolitik im Saarland wird.

A10neu Stärkung des sozialen Miteinander an Schulen

Gremium:	Grüne Jugend Merzig-Wadern
Beschlussdatum:	01.12.2017
Tagesordnungspunkt:	7. Anträge

Die schulischen Belastungen von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen sind hoch. Lehrpläne mit vielen Unterrichtsinhalten müssen in kurzer Zeit erfüllt werden. Dadurch ist kaum mehr Zeit vorhanden, um sich mit Lehrer/-innen über soziale Probleme auszutauschen und diese gemeinsam lösen zu können. Und gerade das ist dringend nötig. Die soziale Kälte unter den Schülerinnen und Schülern scheint zuzunehmen, Ausgrenzung und Mobbing sind in vielen Klassen an der Tagesordnung. Die Klassenleiterstunde an Gemeinschaftsschulen und die Zusatzstunde für das Fach des/der Klassenlehrers/-lehrerin an Gymnasien (nur in der Klassenstufe 5!!), die für solche Anliegen genutzt werden können, reichen dafür bei weitem nicht aus.

Schulworker/innen sind in allen Schulen des Saarlandes eingesetzt, mit der Aufgabe sich dem sozialen Miteinander anzunehmen.

Im Landkreis Merzig-Wadern sind es aber gerade einmal 8 Schoolworkerstellen für alle Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Förderschulen, deren Stunden unterschiedlich auf die Schulen aufgeteilt sind. Eindeutig zu wenig, um soziale Kompetenzen dauerhaft aufzubauen und zu festigen.

Deshalb fordern wir das soziale Miteinander in Schulen zu stärken durch mehr Klassenleiterstunden und die Erhöhung der Einsatzstunden von Schoolworker an allen Schulformen.

A11neu Demokratie gegen rechtes Gedankengut stärken!

Antragsteller*in: Lara Ensslin, Jeanne Dillschneider
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Rechtspopulismus – und radikalismus sind gesellschaftlich weit verbreitet und haben den Einzug in fast alle deutschen Parlamente geschafft. Das hohe Maß an rechtem Gedankengut zeigt deutlich, dass wir es eine konsequente Positionierung und Arbeit gegen Rechts brauchen.

Die Aktualität von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere von Rassismus und Antisemitismus wird nicht nur durch den Erfolg der AfD sichtbar. Auch die NPD erhielt im Saarland bei den U18-Wahlen eines ihrer besten bundesweiten Ergebnisse. Rechtsradikale und fremdenfeindliche Straftaten erleben im Saarland ihren Rekord.

Demokratiebildung und die Sensibilisierung über die deutsche Geschichte muss also bereits bei Jugendlichen stattfinden. Es geht um die Bildung politischer Werte abseits eines menschfeindlichen und rassistischen Weltbildes.
Dazu gehört, Rassismus und Antisemitismus deutlich zu benennen und nicht als konservativ-bürgerliche Werte in der öffentlichen Debatte salonfähig zu machen.

Entscheidend ist dabei die präventive Arbeit verschiedener Akteure wie Initiativen, Vereine, Stiftungen und Schulen. Wir fordern, dass diese finanziell und strukturell ausreichend gefördert wird.Eine reine projektbezogene Förderung reicht nicht aus, weil diese keine langfristige Planungssicherheit gewährt.
In Schulen sollte die Zeit des Nationalsozialismus nicht nur besprochen, sondern auch mit einem aktuellen Bezug behandelt werden. Lehrerinnen und Lehrer sollten hinsichtlich des Umgangs mit rassistischen und antisemitischen Vorgängen weitergebildet werden.

Wir als Grüne Jugend Saar positionieren uns klar gegen rechte Positionen und fordern die Stärkung von Projekten, Initiativen und Einrichtungen, die präventiv gegen rechtes Gedankengut arbeiten!

A12 Schüler*innenmitbestimmung bei G8/G9- Debatte

Antragsteller*in:	Fabian Müller, Jeanne Dillschneider, Klara Sendelbach
Tagesordnungspunkt:	7. Anträge

Seitdem die Elterninitiative „G9 Jetzt! Saarland“ ein Volksbegehren für die Widereinführung von G9 (also 13 Schuljahren bis zum Abitur) gestartet hat, ist die Debatte wieder voll entbrannt. Bündnis 90/Die Grünen Saar haben sich in einer Resolution auf dem Landesparteitag vom 12. November 2017 der Forderung der Elterninitiative nach der Widereinführung von G9 an saarländischen Gymnasien angeschlossen und wollen die neu entstehenden G9-Gymnasien parallel zu G8-Gymnasien betreiben.

Wir als GRÜNE JUGEND SAAR halten diese Debatte und die Resolution von Bündnis 90/Die Grünen Saar für nicht zielführend. Durch neue G9-Gymnasien neben G8-Gymnasien und Gemeinschaftsschulen wird das saarländische Schulangebot weiter zerfasert, es erfolgt eine weitere Differenzierung im oberen Leistungsbereich.

Wir brauchen einen Prozess, der Schüler*innen wirklich etwas bringt und sie in die Debatte miteinbezieht. Dafür reicht es nicht, Menschen zur Teilnahme an einem Volksbegehren aufzurufen, an dem sowieso nur volljährige Personen teilnehmen dürfen. Schüler*innen müssen dazu befragt werden, was sie sich von einer guten Schule erhoffen.

An Bildung darf nicht gespart werden. Ob G8 oder G9 spielt da keine Rolle. Das Ziel der Elterninitiative „G9 Jetzt! Saarland“, die Umstellung von G8 auf G9 ohne zusätzlich anfallende Kosten zu bewerkstelligen, lehnen wir deswegen strikt ab.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, nicht einseitig auf das Drängen einer Elterninitiative zu reagieren, sondern das gesamte System in den Blick zu nehmen. Die Landesregierung muss Schwachstellen analysieren und Entscheidungen treffen, die das gesamte System entlasten. Dabei sollen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern miteinbezogen werden. Ein mögliches Ergebnis könnte G9 an Gymnasien sein, muss es aber nicht!

Begründung

Bei der aktuellen Debatte um die Wiedereinführung von G9 an Gymnasien bleibt eine Gruppe außen vor: Die Schüler*innen. Obwohl sie, neben den Lehrer*innen, am meisten unter nicht durchdachten Änderungen im Bildungssystem leiden, werden so tiefgreifende Veränderungen oft ohne ihre Mitsprache entschieden. Wir glauben, dass Schüler*innen allein durch die Umstellung von 12 auf 13 Jahre bis zum Abitur nicht geholfen ist. Deswegen wollen wir, dass sie aktiv in den Prozess einbezogen werden und mitentscheiden dürfen, wie ihre Schule in Zukunft aussehen soll.

A13 Mehr Jugendpartizipation bei Bündnis 90/die Grünen!

Antragsteller*in: Landesvorstand, Johannes Klein
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Wer sich die Zusammensetzung des neuen Bundestags anschaut, stellt schnell fest: Nicht nur der Frauenanteil ist erschreckend gering, auch der Altersschnitt ist kaum repräsentativ für die Zusammensetzung unserer Bevölkerung. Allein Bündnis 90/die Grünen macht es sich zur Aufgabe, Frauen, Inter und Trans Personen und junge Menschen in der Politik zu fördern.

Denn wenn die Probleme der Zukunft angepackt werden sollen, müssen alle Generationen daran beteiligt sein. Die Grünen haben erkannt, dass es für eine progressive Politik nicht nur Erfahrung braucht, sondern auch neue und mutige Ideen.
Gerade als Grüne Jugend sehen wir unsere Aufgabe, den politischen Nachwuchs zu fördern, die Partei kritisch zu hinterfragen und junggrüne Positionen einzubringen. Wenn man sich die Wahlergebnisse des letzten Jahres anschaut, wird klar: Bündnis 90/die Grünen ist dort stark, wo es auch eine starke Jugendarbeit gibt. Nicht nur bei den U18 Wahlen waren wir erfolgreich, auch sind es besonders Frauen im Alter von 18-30, die für die Grünen gestimmt haben.

Dies zeigt, dass die Grünen und die Grüne Jugend für junge Menschen eine politische Heimat bieten. Die Grüne Jugend ist der Raum, in dem junge Menschen sich politisch engagieren, bilden und aktiv einbringen können. Entgegen des Hasses, der Angst und Verdrossenheit, die sich in den letzten Jahren breitgemacht haben, stehen wir für eine solidarische und offene Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, die Teilhabe junger Menschen fördern und ihnen zu helfen, sich in demokratische Prozesse mit neuen Ideen einzubringen um so etwas in unserer Gesellschaft zu verändern.

Unsere Zukunft zu gestalten ist wichtiger denn je: Der Klimawandel wird uns und nachfolgende Generationen treffen. Rechte und konservative Stimmen werden lauter und fordern ein veraltetes Familienbild zurück, eine unmenschliche Flüchtlingspolitik und die Schwächung der Rechte von Frauen und LGBTI. Dagegen ankämpfen müssen wir alle gemeinsam.

Junggrüne Positionen sind besonders dann wichtig, wenn die Grünen sich neuen Herausforderungen stellen müssen. Wenn die Grünen sich ihrer Prioritäten bewusst werden müssen, Kompromisse eingehen und ihre eigene Identität hinterfragen, müssen wir als Grüne Jugend konstruktiv mitarbeiten, aber auch der Stachel im Fleisch der Mutterpartei sein, sie im Zweifelsfall an ihre eigenen Ideale erinnern und gleichzeitig auch zu neuen, progressiven Denkweisen bringen.

Gerade in den letzten zwei Wahlkämpfen haben wir als Grüne Jugend gezeigt, dass wir bereit sind, mit anzupacken. Ob auf der Straße im Dialog mit Menschen, ob mit eigenen Aktionen, mit der Verbreitung unserer Inhalte oder der Neugründung von junggrünen Ortsgruppen – die Grüne Jugend ist aktiv und bringt den Landesverband voran.

Im Saarland wurde bereits einiges für die Teilhabe der Grünen Jugend geleistet. Im Bundestagswahlkampf sind die Grünen mit der jüngsten Liste angetreten. Auch

haben unsere beiden Sprecher*innen auf der Landesliste kandidiert. Doch das ist nicht genug. Für eine gute und gerechte grüne Politik muss jungen Menschen und insbesondere Frauen und Inter-/Transpersonen eine Stimme gegeben werden. Darum soll die Grüne Jugend Saar bei den Entscheidungen der Grünen Partei stärker mitwirken und in die Prozesse und Gremien von Bündnis 90/Die Grünen Saarland eingebunden sein.

A14 Grüne Mobilität im Saarland

Antragsteller*in: Lisa Wätzold
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Im Saarland nutzen auf das gesamte Bundesgebiet betrachtet die meisten Menschen täglich ein eigenes Auto. Wir sagen, dass das eine Konsequenz des viel zu teuren und schlecht strukturierten ÖPNV des Saarlandes ist.

Für Besitzer*innen eines Autos ist es schon bei einer einfachen Fahrt oft günstiger und weniger zeitaufwendig das eigene Auto zu bewegen und sogar ein Parkticket zu zahlen, als den ÖPNV zu nutzen. Die Anbindungen des ländlichen Raumes im Saarland sind untragbar: Bürger*innen aus dem ländlichen Raum haben vor allem am Wochenende nur zu zwei Zeiten die Möglichkeit mit dem Bus in die nächstgrößere Stadt zu fahren. Nachts ist an eine Rückfahrt mit dem Bus aus der Stadt ins Dorf überhaupt nicht zu denken. In den Städten leiden Nutzer*innen des ÖPNV täglich unter Verspätungen.

Des weiteren steigen die Preise der Monatskarten für Schüler*innen jährlich an. Es darf nicht Normalität sein, dass Eltern mit 2 oder mehr Kindern monatlich über 100€ für Fahrkarten ausgeben müssen, damit ihre Kinder zur Schule kommen. Außerdem lässt die Wabenstruktur des saarländischen Verkehrsverbunds (SaarVV) eine faire Preisgestaltung nicht zu. Das geht eindeutig zu Lasten von Familien und von unserer Umwelt, denn ein teurer ÖPNV ist wenig attraktiv.

Deshalb fordern wir eine drastische Senkung der Preise von SaarBahn- und Bustickets und eine Einführung eines Landesjugendtickets, sowie eine Abschaffung des Wabennetzes, eine Verbesserung der Busverbindungen im ländlichen Raum, mehr Vorangspuren für Busse in den Städten und eine bessere Taktung der Abfahrtszeiten!

Fahrräder können eine echte Alternative für Kurzstrecken innerhalb von Städten und Dörfern sein. Um die Fortbewegung mit Hilfe von Fahrrädern auch für die Saarländer*innen attraktiv zu machen, müssen dringend qualitativ hochwertige, gekennzeichnete Radwege an allen wichtigen Straßen geschaffen werden. Zudem brauchen wir mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Natürlich kann heute der motorisierte Individualverkehr noch nicht vollständig unterbunden werden. Deshalb müssen Umstände geschaffen werden, unter denen der verbleibende Autoverkehr möglichst schadstoffarm und leise ist. Deshalb schließen wir uns der Forderung von Bündnis 90/ Die Grünen an und plädieren für flächendeckende Tempo 30 Zonen in den Innenstädten und mehr Tempo 60 Zonen auf Stadtautobahnen.

Des weiteren sehen wir Elektroautos zwar als saubere Alternative zu Autos mit Verbrennungsmotoren, dennoch ist das E- Auto erst als EE- Auto (Erneuerbares Elektroauto) eine zukunftsfähige Alternative für unsere Straßen. Den erst wenn der Strom, mit dem das Elektroauto fährt, aus erneuerbaren Ressourcen stammt, ist das Elektroauto wirklich eine umweltfreundliche Alternative zum Verbrennungsmotor.